

Antrag B-15

UB Bochum, AfB NRW, AG Migration und Vielfalt NRW, ASF NRW, NRWSPDqueer

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in Fassung der Antragskommission

Der Landesparteitag möge beschließen:

JETZT 100 Milliarden Euro für Bildung sind Investitionen, die sich lohnen! Alles, was Kinder stark macht! Beste Bildung ab der Geburt

1 Die SPD-NRW unterstützt die Forderung der SPD-
2 Vorsitzenden Saskia Esken, dass der Bund, die Länder
3 und Gemeinden bei ihren Bildungsinvestitionen mit 100
4 Milliarden Euro unterstützen muss. Länder und Kom-
5 munen sind aufgrund vielfältiger zusätzlicher Belastun-
6 gen derzeit nicht in der Lage, ihre Bildungseinrichtungen
7 durch die gesamte Bildungskette hindurch – beginnend
8 bei der frühkindlichen Bildung bis hin zur Fort- und Wei-
9 terbildung - qualitativ und quantitativ auskömmlich zu
10 finan-zieren. Die bestehenden Fördertöpfe, insbesonde-
11 re für Kitas und Ganzttag, sind erheblich aufzustocken.
12 Weitere Förderwege zum Beispiel für sozialpädagogi-
13 sche Angebote und Familienbildung, aber auch zum Bei-
14 spiel für Gebäudesanierung und Lehramtsstudiengän-
15 ge, sind kreativ zu erschließen – wie bei Digitalisierungs-
16 offensive geschehen.

17

Begründung

18

19
20 Jedes Kind hat einen grundgesetzlich garantierten An-
21 spruch auf Bildung. Bildung entscheidet über Lebens-
22 chancen. Der Bund - und nicht die Länder, in deren Zu-
23 ständigkeit die Bildung fällt - hat die beiden wesentli-
24 chen Reformen für die bestmögliche Bildung, Erziehung
25 und Betreuung und die bessere Vereinbarkeit von Fami-
26 lie und Beruf auf den Weg gebracht. Seit 01.08.2013 ha-
27 ben Kinder ein Recht auf einen Kitaplatz, sobald sie das
28 erste Lebensjahr vollendet haben. Am 02.10.2021 wur-
29 de das Ganztagsförderungsgesetz beschlossen, welches
30 bis 2029 jedem Grundschulkind einen Anspruch auf
31 ganztägige Betreuung garantiert. Zur Umsetzung des
32 Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz und auf Ganztags-
33 betreuung muss der Bund deutlich mehr in die Quanti-
34 tät und Qualität von Bildung, Erziehung und Betreuung
35 investieren.

36

37 Diese Investition lohnt sich, denn die gesellschaftlichen
38 Nutzeffekte von Bildungseinrichtungen sind sehr hoch.
39 Nichts fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
40 die Rechte und die Gleichberechtigung von Frauen mehr
41 als qualitativ hochwertige, zuverlässige Kinderbetreu-
42 ung. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sind
43 Frauen mit ihrer Fach- und Sozialkompetenz eine groß-
44 artige Ressource für die Wirtschaft. Der Staat wieder-
45 um profitiert von Steuererträgen und Sozialbeiträgen.

Füge ein in Zeile 4 nach „muss.“:

- und zwar im Rahmen einer neuen Investitionspolitik ohne Schuldenbremse oder Schwarze Null.

Ersetze in Zeile 4f :

„Länder und Kommunen sind“ durch „alle politischen Ebenen“

Füge ein in Zeile 6 nach „Lage“:

wie bisher

46 Durch Rentenbeitragseinzahlungen wird dem Risiko der
47 Altersarmut von Frauen begegnet.

48

49 Der Bund muss deutlich mehr in ein qualitativ hochwer-
50 tiges Bildungssystem investieren. Es muss Schluss sein
51 mit der „Modellitis“ und „Projektitis“. So hat zum Bei-
52 spiel erst der Druck auf die Politik bewirkt, dass der Bund
53 die Sprachkitas bis 2023 weiter fördern wird und dass
54 danach die Finanzierung sprachlicher Bildung durch
55 7500 Fachkräfte in den Ländern gesichert sein wird. Die
56 Verpflichtung, Bildungseinrichtungen auskömmlich zu
57 finanzieren, ergibt sich aus dem 2 Grundgesetzartikel
58 6 (1): „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen
59 Schutze der staatlichen Ordnung.“ sowie aus der All-
60 gemeinen Erklärung der Menschenrechte Artikel 26 (2)
61 „Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der mensch-
62 lichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung
63 vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerich-
64 tet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freund-
65 schaft zwischen allen Nationen und allen Gruppen, un-
66 abhängig von Herkunft und Religion, beitragen und der
67 Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des
68 Friedens förderlich sein.“

69

70 Der Bund muss jetzt die Bildung retten, so wie er die-
71 ses in Verantwortung für die Rettung der Wirtschaft und
72 Gesellschaft kurzfristig beschloss:

- 73 • In der Coronapandemie hat der Bund 380 Milliar-
74 den für die Bazooka mit Wumms zur Rettung der
75 Wirtschaft bereitgestellt.
- 76 • 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundes-
77 wehr wurden drei Tage nach Putins aggressivem
78 Angriffskriegs gegen die Ukraine am 27.02.2022
79 mit der Rede von Olaf Scholz angekündigt und
80 mittlerweile vom Bundestag und Bundesrat be-
81 schlossen.
- 82 • Um die finanziellen Auswirkungen der stark ge-
83 stiegenen Energiekosten für die Menschen und
84 die Wirtschaft abzumildern, hat der Bund Finanz-
85 mittel von bis zu 200 Milliarden bewilligt.

86 Wir brauchen nachhaltige Investitionen in Bildung, ins-
87 besondere in eine Ausbau- und Qualitätsoffensive für
88 Kindertagesstätten und den Ganzttag an Schulen, da-
89 mit unserer Gesellschaft nicht noch mehr Kinder verlo-
90 ren gehen. Die Investition in die Ressource Bildung ist so
91 wichtig wie die in Glasfaserkabel, erneuerbare Energien,
92 den klimagerechten Umbau von Arbeit, Wohnen, Ver-
93 kehr. Investitionen in Bildung sind Investitionen, die sich
94 lohnen, weil die Kinder zukünftig den Umbau von Wirt-
95 schaft und Gesellschaft gestalten müssen. Auch werden
96 die Kinder, die jetzt in der Kita sind und die Schüler*in-
97 nen in den Schulen, die Schulden abzahlen müssen.

98

99 Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zu frühkindlicher
100 Bildung legte dar, dass 2023 in NRW 101 600 Kitaplät-
101 ze fehlen werden. Um den Bedarf zu decken, müs-
102 ten 24.400 Erzieher*innen zusätzlich eingestellt wer-
103 den. Die vergebenen Kitaplätze zeigen nach Analysen
104 der Ruhr-Universität Bochum/ZEFIR, dass sozial benach-
105 teiligte Kinder und Kinder mit erst vergleichsweise spät
106 eine Kita besuchen und dass es eine ausgeprägte Kita-
107 Segregation gibt. Arme Kinder und Kinder mit Migrati-
108 onsbiografie bleiben in den Kitas häufig unter sich. Kin-
109 der aus Mittelstandsfamilien haben auf Initiative ihrer
110 Eltern eine bessere Chance auf einen Kitaplatz und blei-
111 ben durch Auswahlpraktiken der Einrichtungen unter
112 sich. Fehlende Kita-Plätze verstärken die Probleme von
113 Sorgenfamilien in besonderen Armutslagen. Im Januar
114 2023 gab das Landesjugendamt bekannt, dass 1000 Ki-
115 tas im Rheinland und 200 in Westfalen-Lippe die Betreu-
116 ungszeiten reduziert haben. Für die Einrichtungen der
117 Fort- und Weiterbildung ist aufgrund der besonderen
118 Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Familien,-
119 insbesondere in der aktuellen Epoche nach Corona ei-
120 ne kontinuierlich anwachsende, verstärkte Familienbil-
121 dung, mit gemeinsamen Familien- 3 Erlebnissen auszu-
122 bauen, in die Eltern und Kinder in den Wohnbezirken der
123 Kitas und Schulen einbezogen sind.

124

125 Beunruhigend ist die Zunahme von Straftaten durch
126 Kinder. So hat die Kinder- und Jugendkriminalität nach
127 Corona deutlich zugenommen. Die aktuelle Krisenzeit
128 verstärkt die Unsicherheit von Kindern, die in prekären
129 Verhältnissen aufwachsen. In Gelsenkirchen sind 39 Pro-
130 zent der Kinder arm. Die Nöte der Eltern übertragen sich
131 auf die Kinder. Die Lebensunsicherheit entlädt sich häu-
132 fig entweder in Rückzug oder in Wut und Gewalt. Hier
133 kann durch verstärkte Investitionen in die frühkindliche
134 Bildung wirksam gegengesteuert werden.

135

136 Die Folgen unzureichender Bildung sind schon lange be-
137 kannt:

- 138 • In NRW gibt es 50.000 Schüler*innen ohne Schul-
139 abschluss. 2021 haben 9700 Schüler*innen die
140 Schule ohne Abschluss verlassen.
- 141 • 2/3 der Langzeitarbeitslosen haben keine Berufs-
142 ausbildung.
- 143 • 1,3 Millionen Menschen zwischen 20 und 30 sind
144 ohne Ausbildung.
- 145 • Ca. 7 Millionen Menschen sind funktionale An-
146 alphabet*innen.
- 147 • Die Akzeptanz unserer freiheitlichen Demokratie
148 leidet, wenn die Menschen den Eindruck haben,
149 dass die Regierenden sich für ihre Sorgen nicht
150 interessieren. Der kontinuierliche Rückgang der
151 Wahlbeteiligung ist ein Symptom. Bürger*innen,

152 die den Lügen und Verdrehungen der Querdenker
153 und Rechtsextremisten glauben, sind eine Gefahr
154 für die Demokratie.

155 Prinzipiell helfen nur folgende Maßnahmen: mehr Geld,
156 mehr Personal und von Seiten der Politik die Einsicht,
157 dass soziale Gerechtigkeit vor allem eins braucht: Kin-
158 derbetreuung, zu jeder Uhrzeit, umsonst und für alle,
159 die wollen oder brauchen.

160

161 2017 forderten mehr als 50 Professor*innen aus den Be-
162 reichen frühkindliche Entwicklung die Bundesregierung
163 auf, ein Gesetz zur Verbesserung der Qualität in Kita und
164 Kindertagespflege auf den Weg zu bringen. Das vom Ka-
165 binett beschlossene Kita-Qualitätsgesetz wird von Erzie-
166 her*innen als unzureichend kritisiert und dem gesetz-
167 lich festgelegten Bildungs- und Erziehungsauftrag nicht
168 gerecht. Insbesondere fehle die in der Evaluation hervor-
169 gehobene Rolle der Orientierung an wissenschaftlichen
170 Standards.

171

172 Der Bund wollte bei der Umsetzung des Ganztagsför-
173 derungsgesetzes den Schwerpunkt auf die Qualität le-
174 gen. Allerdings erfüllt das aktuelle Ganztagsförderungs-
175 gesetz nicht die Forderungen, die die Gewerkschaften,
176 die Verbände und die Expert*innen stellen. Der zu entwi-
177 ckelnde gemeinsame Qualitätsrahmen sollte verbindli-
178 che Vorgaben zu den strukturellen Rahmenbedingun-
179 gen, zur Qualifizierung der Fachkräfte sowie zur Koope-
180 ration zwischen Schule und Jugendhilfe auf der Grund-
181 lage wissenschaftlich gesicherter Erkenntnisse machen
182 und die finanziellen Ressourcen bereitstellen. Das Wohl
183 des Kindes muss im Mittelpunkt stehen. Das ist grund-
184 gesetzlich geboten, um die ungleiche Verteilung der
185 Lebenschancen aufzubrechen und gute Bildung für al-
186 le Kinder gewährleisten zu können. Der Koalitionsver-
187 trag der Bundesregierung unter der Leitung von Bundes-
188 kanzler Olaf Scholz ließ auf mehr Kooperation zwischen
189 Bund, Ländern und Kommunen in dem durch den Föde-
190 ralismus segregierten Bildungsbereich hoffen.